



Godelhausen, den 23.10.2023

Jobcenter
Landkreis Kusel
Fritz-Wunderlich-Str. 49b
66869 Kusel

Ihr Zeichen : Your Sign : Su referencia :
: Nummerierung des Kunden : 6594 :

Unser Zeichen : Our sign : Nuestra referencia :

El ~ ErwerbslosenInitiative ~
c / o Erwerbslosenverband Deutschland e.V. i.Gr.

Antragstellungen, so auch Eingaben bei der Gerichtsbarkeit, sind ein viel zu wenig gewürdigter Bestandteil der Gegenwartsliteratur ...
Randbemerkungen zu Planspiel Tag 8401 (H I S T O R Y)
Time is on my side, 1964, The Rolling Stones
Tag 00001 : 01.11.2000

Sehr geehrte Damen und Herren ...

Sehr geehrter Herr Werkleiter / Geschäftsführer Ass. jur. Peter Simon des 'Jobcenter Landkreis Kusel'.
Werter (unbekannter) Beirat nach § 18 d SGB II, wie in § 14 der Satzung des 'Jobcenter Landkreis Kusel' angegeben ...
Die letzten Schreiben in der Angelegenheit u.A. mit Datum vom 22.05.2023 ...
Ich verweise insbesondere auf die anhängigen Verfahren beim LSG RLP !
[**A**] **Betreff:** Untätigkeitsklage und Forderung zur Überprüfung der Mietkürzung

Ich wende mich an Sie, um meine tiefe Besorgnis über die nicht zu rechtfertigende Kürzung meines Regelsatzes bei den Mietzahlungen sowie die verzögerte Bearbeitung meines Widerspruchs auszudrücken. Angesichts der Ernsthaftigkeit dieser Angelegenheit und meiner fortwährenden Bemühungen, diese Fragen auf dem regulären Weg zu klären, sehe ich mich gezwungen, rechtliche Schritte in Betracht zu ziehen.

Bereits [Datum, an dem der Widerspruch eingereicht wurde] habe ich einen schriftlichen Widerspruch gegen die Kürzung meines Regelsatzes für die Mietkosten beim Jobcenter Kusel eingereicht. Trotz der vergangenen [Anzahl der Tage/Wochen/Monate] seit der Einreichung meines Widerspruchs, habe ich bisher keine Rückmeldung oder Bearbeitung von Ihrer Seite erhalten. Dies steht nicht nur im Widerspruch zu den gesetzlichen Verpflichtungen, sondern bringt mich in eine äußerst prekäre Situation.

Ich erinnere daran, dass eine zügige und gerechte Bearbeitung von Widersprüchen eine grundlegende Pflicht des Jobcenters ist, um die Rechte der Bürger zu wahren. Die Nichtbearbeitung meines Widerspruchs ist nicht hinnehmbar und verstößt gegen meine Rechte als Antragsteller.

Darüber hinaus möchte ich erneut meine gravierenden Bedenken bezüglich der Kürzung meines Regelsatzes für die Mietkosten äußern. Diese Kürzung erscheint in keiner Weise gerechtfertigt, und es fehlt mir an Verständnis für die Grundlage dieser Entscheidung. Es ist von entscheidender Bedeutung,



dass meine finanzielle Unterstützung in Übereinstimmung mit geltendem Recht und den Bedürfnissen meiner Person zwecks Bereitsstellung diesen sozio-kulturellen Existenzminimum erfolgt.

Angesichts der oben genannten Probleme erwäge ich die Einleitung einer "Untätigkeitsklage" beim Sozialgericht in der 1. Instanz. Diese Maßnahme wäre bedauerlicherweise notwendig, um meine Rechte und die Interessen meiner Person zu schützen. Ich hoffe jedoch, dass es nicht so weit kommen muss und dass wir gemeinsam eine Lösung finden können, die meinen berechtigten Anliegen gerecht wird.

Ich fordere Sie dringend auf, meinen Widerspruch unverzüglich zu bearbeiten und die Kürzung meines Regelsatzes für die Mietkosten erneut zu überprüfen. Bitte setzen Sie sich umgehend mit mir in Verbindung, um eine zeitnahe Klärung dieser Angelegenheit zu ermöglichen.

[B 1] VORABINFORMATION ...

Artikel 12 (5) der UN-Behindertenrechtskonvention befasst sich mit der Gleichberechtigung vor dem Gesetz. Er besagt, dass die Vertragsstaaten sicherstellen müssen, dass Menschen mit Behinderungen gleichberechtigt mit anderen vor Gericht auftreten können und dass sie Zugang zur Justiz haben. Dies beinhaltet auch die Bereitstellung angemessener Unterstützung, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen ihre Rechte wirksam geltend machen können.

Artikel 26 a der UN-Behindertenrechtskonvention bezieht sich auf den Grundsatz der Habilitation und Rehabilitation. Er betont die Bedeutung von Programmen und Maßnahmen zur Rehabilitation, die dazu dienen, die Fähigkeiten von Menschen mit Behinderungen zu entwickeln und ihre volle gesellschaftliche Teilhabe zu fördern.

Wenn Sie weitere Informationen zu diesen Artikeln benötigen oder wie sie in Ihrem Antrag verwendet werden sollen, stehe ich Ihnen gerne zur Verfügung.

[B 2] Antragstellung [siehe auch den Antrag vom 27.01.2021 bzw. das anhängige Beschwerdeverfahren beim LSG RLP ...

ANTRAGSTELLUNG: Ich beantrage erneut die Gewährung von 5.000 €, um meine berufliche Tätigkeit im Bereich der Publizistik und der Neuerstellung sowie Vermarktung bestehender Rechtsansprüche auf geistiges Eigentum (Patente) zu unterstützen. Dieser Antrag erfolgt im Sinne der UN-Behindertenrechtskonvention, insbesondere unter Berufung auf Artikel 12 (5) und Artikel 26 a.

BEGRÜNDUNG: Die Gewährung dieser finanziellen Unterstützung ist von entscheidender Bedeutung, um meine Selbstständigkeit im Bereich der Publizistik und der Verwertung von geistigem Eigentum zu verwirklichen. Die



Rechtslage, sowohl national als auch international, unterstreicht die Bedeutung der Unterstützung von Menschen mit Behinderungen, um ihnen die Möglichkeit zur Selbstbestimmung und beruflichen Entfaltung zu bieten. Als Vertragsstaat der UN-Behindertenrechtskonvention ist die Bundesrepublik Deutschland durch völkerrechtlich verbindliche Vereinbarungen daran gebunden, die Rechte und Chancengleichheit von Menschen mit Behinderungen zu gewährleisten.

Es ist unerlässlich, die finanzielle Unterstützung zu gewähren, um meine berufliche Selbstständigkeit zu fördern und die Tragfähigkeit einer beruflichen Vollexistenz als Selbstständiger zu evaluieren. Eine multidisziplinäre Bewertung und ein sogenannter 'Feldversuch' sind erforderlich, um die Möglichkeiten und Herausforderungen meiner beruflichen Selbstständigkeit angemessen zu beurteilen.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf meine vorherige Antragstellung mit Datum vom 27.01.2021 und meiner E-Mail vom 31.12.2020 um 23:58 Uhr. Der Schriftverkehr der letzten Monate und gar Jahre, sowie das psychologische Gutachten von Herr Janzen, unterstützen die Dringlichkeit und die Berechtigung dieses Antrags.

Die Gewährung der beantragten finanziellen Unterstützung ist entscheidend, um meine Selbstbestimmung in der Lebensführung zu gewährleisten und meine beruflichen Ambitionen zu realisieren. Um die Rechtsvorschriften und die Prinzipien der UN-Behindertenrechtskonvention umzusetzen, bitte ich um die Auszahlung der beantragten 5.000 € und einen schriftlich ausführlich begründeten Bescheid zu diesem Antrag. Bitte beachten Sie dabei den Grundsatz des 'Zitiergebots'.

Ich erwarte eine umgehende Prüfung und positive Entscheidung in dieser Angelegenheit, um meine berufliche Selbstständigkeit zu unterstützen und meine Fähigkeiten zu entwickeln.

Mit freundlichen Grüßen,

Hochachtungsvoll + usw.

Arno Wagener

Achja. PS.

Das Schreiben auch – bitte – an den Beirat weiterleiten !.